



Zitat

„Verschon Sie uns mit Ankündigungen einer politisch-geistigen Wende, die Anwendung der Grundrechenarten würde uns schon genügen.“

Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum Kanzleramtsetat



Der grüne Lack ist ab

Er ist neben der Kanzlerin der vermutlich klügste Kopf der CDU im Kabinett und wurde von der WELT schon als kommender schwarz-grüner Bundeskanzler gehandelt: Bundesumweltminister Norbert Röttgen wusste in den ersten Amtstagen bis in den Dezember hinein zu gefallen. Neue Töne für einen Konservativen hörte man von ihm in Sachen Umweltpolitik, er räumte sogar verbal mit Positionen auf, für die er noch vor kurzem selbst gesorgt hatte. Umweltverbände und sogar die Opposition waren nach seinem ersten Auftritt im Parlament und im Umweltausschuss durchaus angetan.

Dieser grüne Lack ist ab und das gründlich: Nach der dritten, fast wortgleichen unkonkreten Rede im Bundestag ist klar, dass Röttgen nicht liefern kann, will oder darf. Im Gegenteil: Er wirkt tatkräftig dabei mit, dass beim Klimaschutz gestrichen, verwässert und gepokert wird. Seine alten Freunde aus den großen Industrie- und Energieverbän-

den sind auch seine neuen Freunde. Im Umweltministerium, Umweltverbänden und der gesamten Opposition hat sich Ernüchterung breit gemacht, der grüne Lack ist beim schwarzen Röttgen ab.

Weniger Geld für Gebäudesanierung und Markteinführung Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz-Ziele abgeschwächt, Solarförderung zusammengestrichen, Zukunft der Förderung hochmoderner Mini-Kraftwerke gefährdet, beim Klimagipfel durch den deutschen Widerstand bei Klimaschutzfinanzierung und europäischen Minderungsversprechen schwer verzockt, statt dessen offene Ohren für RWE, EON & Co. Die 100-Tage-Bilanz von Röttgen ist verheerend. Sein Glück: Die Aufregung über Mövenpick-Spenden, Kunduz und Niebelkerzen ist so groß, dass Röttgen nicht auffällt.

- Ulrich Kelber -



Themen

- Grüner Lack ist ab
- Ferienjobs nicht anrechnen
- Bundeshaushalt 2010 = Diese Woche im Parlament
- Leiharbeit besser regulieren
- Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit
- Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion



Ferienjobs nicht auf Arbeitslosengeld II anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie erste Berufserfahrungen.

Bei jungen Menschen aus SGB II - Bedarfsgemeinschaften wird das Einkommen aus einem Ferienjob auf das Sozialgeld angerechnet. Ein Ferienjob verliert dadurch nicht nur an Attraktivität. Es ist auch demotivierend, wenn das erarbeitete Einkommen eingesetzt werden muss, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, während Mitschüler ihren vollen Lohn behalten dürfen. Diese Gerechtigkeitslücke will die SPD-Bundestagsfraktion durch einen Gesetzesvorschlag nun schließen. Angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob sollen

nicht mehr als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Eine Beschäftigung von Jugendlichen während der Schulferien darf dabei eine Dauer von vier Wochen im Jahr nicht überschreiten. Damit lehnt sich der SPD-Vorschlag zur Definition von Ferienjobs an das bewährte Jugendarbeitsschutzgesetz an, Ferienjobs tragen dazu bei, die eigenen Fähigkeiten realistisch einzuschätzen, sie geben jungen Menschen Selbstbewusstsein, motivieren zum Lernen und bilden einen ersten Anhaltspunkt, sich beruflich zu orientieren. Gerade Jugendlichen aus SGB II - Bedarfsgemeinschaften können Ferienjobs helfen, Perspektivlosigkeit und Resignation vorzubeugen. Alle Jugendlichen müssen die gleichen Chancen und Anreize erhalten.

Bundeshaushalt 2010 - Keine Strategie, keine klare Linie

Herr Schäuble enttäuscht mehr und mehr im Amt des Bundesfinanzministers. Da, wo Peer Steinbruch eine klare Linie hatte, taktiert Schäuble lediglich aus parteipolitischen Gründen. Diese Regierung hat keine Wachstumsstrategie und keine Konsolidierungsstrategie. Sie scheint vielmehr entschlossen, die Bundesfinanzen und auch die Haushalte vieler Länder und sehr vieler Kommunen zu ruinieren – nur um völlig verfehlte Steuerensenkungen für Wenige durchzuboxen.

In der 1. Lesung des Bundeshaushalts bilanzieren wir den krassen Fehlstart der Bundesregierung – und dieser Fehlstart findet auch noch in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Republik statt. Dass diese Regierung keinerlei Strategie und keinen Kurs zur Krisenbewältigung hat, wird den Fehlstart – zum Schaden unseres Landes – zu einer Dauereinrichtung machen.

Die einzige klare Antwort, die diese Regierung gibt, sind die Ankündigungen weiterer Steuerensenkungen. Doch hier herrscht unter allen Experten Einigkeit: Weitere massive Steuerensenkungen bei leeren öffentlichen Kassen sind keine Wachstumsstrategie. Bereits heute könnte Frau Merkel oder ihr Finanzminister Schäuble jegliche Steuerensenkung für die nächsten Jahre absagen. Die nächste offizielle Steuerschätzung im Mai zur Bedingung für die Steuerentscheidungen zu machen, ist somit Augenwischerei, und der Versuch, uns alle für dumm zu verkaufen.

Der Bundeshaushalt ist im Wesentlichen geprägt von der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. 2010 soll nach dem Entwurf des Bundeshaushalts die Nettoneuverschuldung 85,8 Milliarden Euro betragen. Das sind so viele Schulden wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem soll der Bund in diesem Jahr 325,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 22,09 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr (2009: 303,31 Milliarden Euro). Für Investitionen sind 28,7 Milliarden Euro (32,8 Milliarden Euro) eingeplant.

Die Zahlen zeigen ganz klar: Deutschland kann sich weder 2011, noch 2012, noch 2013 weitere weitreichende Steuerensenkungen leisten. Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Verschiebung auf 2012 oder 2013 ist weder mit der neuen Schuldenregel vereinbar, noch mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, und erst recht nicht mit einer Politik, die die Interessen zukünftiger Generationen beachtet. Um das zu erkennen, brauchen wir nicht die nächste Steuerschätzung. Entgegen dem Eindruck, der von der Koalition erweckt werden soll, wird die nächste Steuerschätzung keine einzige relevante neue Entscheidungsgrundlage liefern.

Selbst wenn die Mai-Steuerschätzung einen gewissen Anstieg der bisher prognostizierten Steuereinnahmen zum Ergebnis hätte, selbst dann wären die Löcher in den öffentlichen Kassen immer noch so tief, dass es auf absehbare Zeit keinerlei Entlastungsspielraum gibt.

Die SPD wiederum steht zu ihrer Verantwortung auch in der Opposition. Wir werden die politischen Widersprüche und Fehler der Koalition aufdecken, uns aber auch mit eigenen Vorschlägen konstruktiv einbringen. Wir fordern Bundesfinanzminister Schäuble auf, endlich die Karten auf den Tisch zu legen und eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, die transparent und exakt unterlegt, wie die Konsolidierung des Bundeshaushalts vollzogen werden soll. Es ist unverantwortlich, die Bevölkerung darüber im Unklaren zu lassen, nur um vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sich einer öffentlichen Diskussion über die wahren Ziele dieser Koalition zu entziehen.

Es war die SPD, die in den vergangenen Jahren für stabile öffentliche Finanzen stand. Dies gilt gerade jetzt und in Abgrenzung zur Regierungskoalition, die in ihrem Koalitionsvertrag nun sogar den Staatsbankrott zum Programm erhoben hat. Nur die SPD steht für einen handlungsfähigen Staat, für den die Sicherung von gleichen Lebenschancen für alle Menschen handlungsleitend ist.

Die SPD wird an ihrem Kurs zur Krisenbewältigung festhalten. Das heißt: In erster Linie geht es darum, die Auswirkungen der Krise auf die Menschen in unserem Land abzumildern. Mit den Konjunkturpaketen und der Bankenstabilisierung konnte unsere Volkswirtschaft vor einem größeren Absturz bewahrt werden. Die Bewältigung der Symptome ist dabei für uns untrennbar mit der Bekämpfung der Ursachen verbunden, damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann.

(Fortsetzung nächste Seite)

(... Fortsetzung v. S. 2)

Diejenigen, die die Krise verursacht haben, müssen auch dafür haften und diejenigen, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen unmittelbar, aber auch mittelbar profitieren, müssen die Kosten tragen, die den öffentlichen Haushalten entstanden sind. Für Staat und Politik gilt: Künftig müssen effektivere, umfassendere Regeln implementiert werden, um ein erneutes Versagen der Akteure auf den Märkten zu verhindern.

Damit Politik und Staat im Interesse der Menschen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, muss nach der Bewältigung der Krise die Rückkehr zur Konsolidierung Priorität haben. Weitere Einnahmeverluste für Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb nicht vertretbar, schon gar nicht durch ungerechte Steuerensenkungen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt einen nachhaltigen Aufschwung und mehr Beschäftigung voraus. Für einen nachhaltigen Aufschwung brauchen wir vor allem Investitionen in Bildung und Forschung. Wir bekennen uns deshalb zu dem Ziel, die Investitionen der öffentlichen Haushalte für diesen Bereich zu steigern.

Wir sagen, die Nettokreditaufnahme kann gegenüber dem neuen Regierungsentwurf deutlich gesenkt werden. In den Haushaltsberatungen werden wir dazu die politisch abzulehnenden Ansätze benennen und stellen darüber hinaus die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben in jedem Einzelplan kritisch auf den Prüfstand, um möglichst zusätzliche Einsparpotentiale zu erwirtschaften.



Bundesregierung muss schleunigst gegen Lohndumping vorgehen

Die aktuellen Vorkommnisse zeigen: Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss schleunigst handeln, um den offenkundigen Missbrauch von Leiharbeit zu unterbinden. Vorschläge, der SPD-Bundestagsfraktion wie Lohndumping zu verhindern ist, liegen seit Längerem auf dem Tisch.

Gebraucht wird eine Lohnuntergrenze durch einen verbindlichen Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche. Bundesministerin von der Leyen könnte hier zügig handeln, tut es aber nicht. Im Gegenteil: Es sind CDU/CSU, die seit geraumer Zeit einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche verhindern. Damit hat die Union genau dem Missbrauch Vorschub geleistet, den sie jetzt beklagt.

Auch in der Leiharbeitsbranche muss der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach einer angemessenen Einarbeitungszeit die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Stammarbeitskräfte. Von dieser Regel soll dann nicht mehr durch Tarifvertrag abgewichen werden kön-

nen. Außerdem muss die konzerninterne Verleihung begrenzt werden.

Die SPD will Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Die konzerninterne Verleihung soll begrenzt werden. Weiterhin wollen wir die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in den Entleihbetrieben stärken, insbesondere bezüglich der Kontrolle einer ordnungsgemäßen Eingruppierung der Leiharbeiternehmer und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit im Betrieb.

Ehrliche Unternehmer soll so vor unfairer Billigkonkurrenz geschützt werden. Der Wettbewerb soll über bessere Produkte und Dienstleistungen, besseres und effizienteres Management und klügere Ideen stattfinden, nicht aber über die Höhe der Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Grundsätzlich darf Leiharbeit keine Dauerbeschäftigung sein. Leiharbeit ist ein sinnvolles Instrument, um kurzfristige Auftragsspitzen in Unternehmen zu bewältigen oder um insbesondere Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Alles andere muss unterbunden werden.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben



Foto: dpa



Termine

24.01.10, 11 Uhr - Bonn

Gottesdienst in der ev. Johanniskirche mit anschl. Empfang, Bahnhofstr.

24.01.10, 16.30 Uhr - Bonn

Bürgersitzung der Ehrengarde, Beethovenhalle

25. bis 29.01.10 - Berlin

Sitzungswoche des Bundestages

30.01.10, 18 Uhr - Bonn

Sitzung der Bonner Zollkanonen, Brückenforum Beuel

nächste Bürgersprechstunde:

19.02.10, 17 Uhr - Bonn

im Wahlkreisbüro



Karikatur: Klaus Stuttmann



Tipps

www.verbraucherfuersklima.de

Gute Tipps und Infos.

Ulrich Kelber
Bonns
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26
Fax: 030 - 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35
Fax: 0228 - 280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.

Weniger tödliche Arbeits- und Wegeunfälle

In Deutschland verunglücken immer weniger Arbeitnehmer auf dem Weg zur Arbeit oder in ihrer Arbeitszeit. Das zeigt der "Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen" für das Jahr 2008 (17/380). In der 172 Seiten dicken Drucksache hat die Regierung Daten über Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten ausgewertet sowie Zahlen etwa der Unfallversicherungsträger, der Gewerbeaufsicht, der Krankenkassen, des Statistischen Bundesamtes und aus einer Erwerbstätigenbefragung zu Belastungen und Krankheiten Berufstätiger aufgeführt.

Danach sank die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle (2008: 765 versus 2007: 812) und der Wegeunfälle (478 versus 521) erneut und

folgt damit einem langjährig rückläufigen Trend. Bei den meldepflichtigen Arbeits- und Wegeunfällen sind die Entwicklungen dagegen weniger eindeutig. Seit 2005 nimmt laut Regierung die Zahl der Unfälle absolut zu, bei den meldepflichtigen Arbeitsunfällen ist dies auch in 2008 so. Die Ursache dafür läge vor allem in dem Anstieg der Erwerbstätigenzahlen, heißt es weiter. In den vergangenen Jahren sank den Angaben zufolge parallel zu dieser Entwicklung die Quote für Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter. Im Jahr 2008 sei diese Unfallquote erstmals wieder gestiegen, und zwar von 28,1 (2007) auf 28,3. Dabei unterschieden sich die Quoten und ihre Entwicklung bei verschiedenen Berufsgenossenschaften erheblich. Auch bei den meldepflichtigen Wegeunfällen weist laut Bericht die Unfall-

quote in allen Zweigen der Unfallversicherung nach oben. Einen so deutlichen Anstieg der absoluten Unfallzahlen habe es zuletzt 1998 gegeben.

Dem langjährigen Trend folgend, gab es nach Angaben der Bundesregierung bei den Berufskrankheiten auch 2008 weniger Verdachtsanzeigen (-0,8 Prozent) und Anerkennungen (-2,8 Prozent). Nach deutlich sinkenden Zahlen im Vorjahr habe es 2008 wieder mehr Verrentungen (+4,2 Prozent) und mehr Todesfälle mit Tod infolge der Berufskrankheit (+3,5 Prozent) gegeben. Wie auch schon im Vorjahr sei bei der Arbeitsunfähigkeit zu beobachten, dass die Anzahl der Fälle je 100 Versicherte weiter steige (2008: 109,7 versus 2007: 103,3), heißt es weiter. Die durchschnittliche Falldauer habe sich hingegen auch in 2008 nur leicht verändert (11,8 versus 11,7).

Positionspapier zur Fraktionsklausur am 15. Januar 2010

Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe

Schwarz-Gelb riskiert die Zukunft unseres Landes

Deutschland 2010 – Gute Ausgangslage, aber große Zukunftsrisiken

Nach einem Jahr mit dem schärfsten Konjunkturunbruch und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit steht Deutschland besser da als viele seiner europäischen Nachbarn. Die Arbeitslosigkeit ist 2009 auf durchschnittlich 8,2 Prozent gestiegen. Für Dezember liegt die Quote bei 7,8 Prozent. Doch die befürchtete, von vielen Sachverständigen erwartete Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt ist bislang noch ausgeblieben. Was manche heute als ein „Wunder“ bezeichnen, ist das Ergebnis entschlossener Politik auf Grund sozialdemokratischer Initiativen. Wir haben verhindert, dass die Krise der Finanzmärkte eine Schneise der Verwüstung durch unser Land zieht.

Vor einem Jahr, als die Entwicklung auf Messers Schneide stand, haben wir nicht abgewartet und zugeschaut, sondern eingegriffen und gezielte Konjunkturprogramme durchgesetzt, die ihre Wirkung 2009 entfalten konnten: Durch Impulse für die Industrie ist es gelungen, den Nachfrageeinbruch insbesondere im Fahrzeugbau einschließlich Zuliefererunternehmen und Handel aufzufangen. Durch Hilfe für die Kommunen ist es gelungen, neue Investitionen in die Infrastruktur der Städte und Gemeinden anzuschieben. Aufträge an Tausende von Handwerksbetrieben und Kleinunternehmen haben großen Anteil an der Sicherung von Arbeitsplätzen. Durch Brücken auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere durch die Verlängerung und Erleichterung der Kurzarbeit, ist es gelungen, für Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Arbeitsplatz zu erhalten, für Unternehmen den Bestand an Fachkräften zu sichern und damit eine gute Ausgangslage für den Weg aus der Krise zu schaffen.

Die Wettbewerbsfähigkeit und Robustheit von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland sind allerdings auch der langfristig angelegten Reformpolitik der vergangenen Jahre zu verdanken. Deutschland hat seine Industrie nicht preisgegeben, sondern gezielt modernisiert. Vor allem die frühzeitige Weichenstellung bei Umwelttechnologie, Energieeffizienz, Klimaschutz und regenerativen Energien hat Deutschlands Rolle als Ausrüster der Welt mit innovativen Produkten gestärkt. Wir haben den Staat handlungsfähig erhalten und die Infrastruktur erneuert. Deutschland hat zudem dafür gesorgt, die Menschen besser zu qualifizieren. Wir haben sie durch verstärkte Investitionen in Bildung und Ausbildung und durch intensive Bemühungen der Arbeitsvermittlung besser vorbereitet auf die Arbeit von morgen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist dynamischer geworden, etwa durch Arbeitszeitmodelle, die auf konjunkturel-

le Schwankungen reagieren können. Es ist kein Zufall, sondern Ergebnis dieser Politik, dass 2009 die Produktionsverlagerungen ins Ausland auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren sind – 1999 lag die Quote bei 27 Prozent, heute bei 9 Prozent – und das Niveau der Rückverlagerungen stabil geblieben ist. Als Hauptgrund für die Rückkehr nach Deutschland nennen die Unternehmen die Fachkräfte und die langfristige Bindung der Arbeitnehmer an den Betrieb. (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Dezember 2009)

Die neue Bundesregierung von CDU, CSU und FDP profitiert am Anfang des neuen Jahrzehnts von den Leistungen der Vorgängerregierungen. Nach bald 100 Tagen im Amt aber hat sie noch keinen eigenen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geleistet. Im Gegenteil, sie setzt das Erreichte aufs Spiel mit einem katastrophalen Fehlstart, mit ihrer Orientierungs- und Entscheidungsunfähigkeit, mit einer Regierungskrise in Rekordzeit und mit Steuersenkungen auf Pump, die ausgesuchten Klientelgruppen und Besserverdienenden zugute kommen, aber Bund, Länder und Kommunen in den Ruin treiben.

Schwarz-Gelb riskiert die Zukunft Deutschlands:

- In der Finanzpolitik durch die extreme Ausweitung des strukturellen Defizits, hemmungslose Verschuldung, die Gefährdung der öffentlichen Haushalte und eine bewusste Verarmung der Kommunen, die Leistungen einschränken und Gebühren erhöhen müssen.
- In der Gesundheitspolitik durch den Einstieg in die Privatisierung und Entsolidarisierung der gesetzlichen Krankenversicherung verbunden mit der einseitigen Mehrbelastung der gesetzlich Versicherten, der Erhöhung von Versicherungsbeiträgen und Prämien.
- In der Familienpolitik durch die Gefährdung des Ausbaus der frühkindlichen Betreuung, durch Fehlanreize mit Prämien für Eltern, die ihre Kinder vom frühen Lernen mit anderen Kindern und gezielter Sprachförderung fernhalten.
- In der Bildungspolitik durch die Gefährdung von öffentlich gewährleisteten, gleichen und guten Bildungschancen für alle. Mit Instrumenten wie Bildungssparen erhalten Gutverdienende staatliche Unterstützung auf Kosten derjenigen, die sie wirklich brauchen.
- In der Gleichstellungspolitik durch die Untätigkeit bei der Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben und bei der Entgeltgleichheit.
- In der Energiepolitik durch den Ausstieg aus dem Atomausstieg, durch die Blockade von massiven Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien und durch Unentschlossenheit beim Klimaschutz.
- In der Wirtschaftspolitik durch die vielfach widerlegte Lebenslüge, ziellose und wahllose Steuersenkungen würden sich selbst finanzieren, durch einen Mangel an Strategie für Investitionen in nachhaltiges Wachstum, für mehr Nachfrage nach hochwertigen Produkten und Dienstleistungen und für neue Arbeitsplätze.

- In der Arbeitsmarktpolitik durch das Einreißen der Beschäftigungsbrücke, die Verschlechterung der Kurzarbeit und die Nichtverlängerung der Altersteilzeit, durch die Verunsicherung bei der Arbeitsvermittlung und die drohende Kürzung der Arbeitsförderung just in dem Jahr, in dem die Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht auf dem Arbeitsmarkt ankommt. Die Auflösung der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitsagentur und Kommunen droht die Erfolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe weitgehend zunichte zu machen. Außerdem riskiert Schwarz-Gelb die Spaltung der Arbeitnehmerschaft mit der Ausweitung eines Niedriglohnssektors, in dem Hunderttausende in die Bedürftigkeit abrutschen und Armutslöhne systematisch und dauerhaft durch staatliche Hilfen ermöglicht werden.

Mit der schwarz-gelben Koalition drohen wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung unseres Landes. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden die Zeche zahlen für die Verschuldung und Verarmung des Staates, die Umverteilung zu Gunsten höherer Einkommen, die Blockade von Mindestlöhnen, die Schwächung von Tariflöhnen und den Systembruch bei der solidarischen Krankenversicherung. Angela Merkel bricht ihre Wahlversprechen, denn durch steigende Abgaben, Gebühren und Zusatzprämien wird die Mehrheit der Menschen nicht mehr, sondern weniger Netto vom Brutto haben. Mehr noch: Das Schuldenchaos von Schwarz-Gelb wird sich bei steigenden Zinsen massiv verschärfen und droht in eine Erhöhung der Verbrauchssteuern zu münden.

Wir brauchen andere Antworten für einen neuen Aufbruch

Schwarz-Gelb steht für überholtes Denken in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Radikalisches Konkurrenzdenken, rücksichtslose Vorteilssuche auf Kosten des Gemeinwohls, Blindheit für das Marktversagen bei nachhaltiger Entwicklung und sozialem Ausgleich – all das kennzeichnete das Projekt der marktradikalen „Wunschkoalition“. Spätestens durch die Gefahren und Kosten des Klimawandels und der Finanzmarktkrise ist die Glaubwürdigkeit dieses Politikmodells zerbrochen. Der fortdauernde Koalitionszank ist nur das äußere Erscheinungsbild. Der tiefere Grund für die Orientierungslosigkeit und Zerstrittenheit der Bundesregierung lautet: Schwarz-Gelb ist eine Koalition zur Unzeit. Sie weiß keinen Weg in das neue Jahrzehnt. Sie hat kein Zukunftsprojekt und findet nicht einmal einen Minimalkonsens.

2010 beginnt ein Jahrzehnt herausragend wichtiger Weichenstellungen. Wir sind inmitten einer Zeitenwende: mit nochmals beschleunigter Internationalisierung der Wirtschaft, mit einer Neuverteilung der globalen Gewichte zugunsten aufsteigender Länder in Asien, allen voran China, das 2009 Deutschland als Exportweltmeister abgelöst hat, mit steigender Nachfrage nach Energie und Rohstoffen, nicht zuletzt aber auch mit einer dramatischen Neuorientierung bei Fragen der Energiesicherheit, der Suche nach einem nachhaltigen Wachstumsmodell, nach einer verbindlichen Ordnung für die Finanzmärkte und nach einem Ausweg aus der sozialen Spaltung der Gesellschaften. Die Öffnung der Grenzen und der Abbau des nationalen Protektionismus haben den Wohlstand gefördert. Der europäische Binnenmarkt ist ein Erfolgsmodell. Aber die Ära, in der Deregulierung die Lösung aller Probleme versprach, ist zu Ende gegangen. Wir brauchen einen neuen politischen Aufbruch und neue Antworten für

eine Ordnung des Gemeinwohls, für die soziale Dimension in Europa und die globale Verantwortung, aber auch in Deutschland selbst, denn als eine der größten Volkswirtschaften und als führende Exportnation darf unser Land nicht auf andere warten, es muss eine Vorreiterrolle übernehmen und andere Länder zum Mitgehen ermutigen.

Am Beginn des neuen Jahrzehnts stehen wir vor der Herausforderung, aus der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit nicht nur mit neuem wirtschaftlichen Aufschwung herauszukommen, sondern nachhaltige Lehren für die Ziele und Regeln unseres Wirtschaftens zu ziehen.

Gute Wirtschaftspolitik heißt, alle Felder der Gesellschaftspolitik gemeinsam anzupacken. Aufbauend auf unserem Wahlprogramm und dem Deutschland-Plan werden wir unser wirtschaftspolitisches Konzept für die Arbeit von morgen entwickeln. Besonders in den Monaten bis zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen geht es darum, die öffentliche Auseinandersetzung um die falschen Weichenstellungen von Schwarz-Gelb zu führen. Die Strategie der Vertagung und Vertuschung darf nicht aufgehen!

Die SPD-Bundestagsfraktion richtet ihre Arbeit dabei an zwei großen Leitfragen aus:

- **Wachstum und Arbeit:** Wo können in den nächsten Jahren neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen und welche Weichen müssen wir heute stellen, um die Leitmärkte von morgen zu erschließen? Welchen Ordnungsrahmen brauchen wir, um erfolgreich, fair, ökologisch, sozial abgesichert und langfristig zu wirtschaften?
- **Teilhabe und Integration:** Wie geben wir allen Menschen das Rüstzeug in die Hand, um an der Arbeit von morgen teilzunehmen? Wie bei jedem Fortschrittszyklus polarisieren technologischer Wandel und internationale Arbeitsteilung die Arbeitswelt, die Bildungschancen und die Einkommensverteilung. Schwarz-Gelb verstärkt diese Spaltung, mit einer Politik für die, die ohnehin schon oben sind und gute Chancen vorfinden. Unsere Fragen hingegen lauten: Wie stärken wir das Verbindende in unserer Gesellschaft? Wie verwirklichen wir Freiheit und Gerechtigkeit? Wie ermöglichen wir sozialen Einstieg und verbreitern die Chancen des Aufstiegs?

Wachstum und Arbeit

(1) Nachhaltiges Wachstum braucht einen Kern ökologisch innovativer Produktion – Deutschland kann vorangehen beim Umbau der europäischen und globalen Wirtschaft.

Das Wachstum der Zukunft wird entweder nachhaltig sein oder seine eigenen Grundlagen aufzehren. Wir brauchen eine neue Vorstellung von Wachstum, um eine weltweit tragfähige Entwicklung des Wohlstands zu erreichen. Die großen Zukunftsfragen der menschlichen Zivilisation, von der Rohstoffknappheit über die Energieversorgung bis zum Klimaschutz, von den Konflikten der materiellen Ungleichheit über die soziale Sicherheit bis zur Zukunft der

Erwerbsarbeit, lassen sich nur beantworten mit einem starken Kern innovativer Produktion: Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den ökologischen Umbau der Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung, der CO₂-Minderung, nicht zuletzt für den Umbau der gesamten Wirtschaft. Aktuell arbeiten bei uns 7,8 Millionen Menschen in der Industrie. Wir brauchen das produzierende Gewerbe für hochwertige Arbeitsplätze mit großer Wertschöpfung und als Kristallisationskern innovativer Netzwerke bei unternehmensnahen Dienstleistungen. Eine erneuerte Industrie wird im neuen Jahrzehnt zur Zugkraft unseres Wohlstands auf neuem Niveau. Denn die Welt braucht innovative, ressourcensparende Materialien, Technologien und Verfahren, die Lebensqualität bei knapper und teurer werden Rohstoffen erhält. Sie sind der Schlüssel, um mehr Menschen den Zugang zu Wohlstand zu eröffnen, um Wachstum und Klimaschutz in Einklang zu bringen. Sie erschließen ein enormes Potenzial für neue Exporte und damit neue Arbeitsplätze bei Automobil- und Maschinenbauern, Grundstoffindustrien, Zulieferern, Dienstleistern, nicht nur bei großen Unternehmen, sondern vor allem auch im Mittelstand.

Deutschland ist in einer einzigartigen Startposition. Dank einer weit entwickelten und diversifizierten Qualitätsproduktion, Dank mutiger Entscheidungen und weitsichtiger Rahmensetzungen, etwa in der Energiepolitik, sind wir heute schon Welthandelsführer für Umwelttechnologien. Aber wir müssen uns anstrengen, denn andere Länder holen auf. Die Richtung, die unser Deutschland-Plan gezeigt hat, muss nun weiter gedacht und konkretisiert werden.

- Eine industriepolitische Strategie muss steigende öffentliche und private Investitionen in Schlüsseltechnologien, in intelligente Infrastrukturen und Netze, in die Qualifikation der Arbeitskräfte verbinden mit langfristig angelegten Unternehmensfinanzierungen. Wir wollen die öffentlichen Investitionen in Innovation und Infrastruktur steigern. Das erfordert einen handlungsfähigen Staat, insbesondere stabile kommunale Einnahmen, denn die Kommunen tätigen zwei Drittel aller Infrastrukturinvestitionen. Statt wahllosen und wirkungslosen Steuergeschenken für Klientelgruppen wollen wir eine gezielte steuerliche Zukunftsförderung von Forschung und Entwicklung.
- Der Atomausstieg muss wie im Atomkonsens mit der Energiewirtschaft vor zehn Jahren beschlossen umgesetzt werden. Damit wollen wir den Weg frei machen für eine massive Investitionsoffensive der Kraftwerksbetreiber in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, intelligente Netze und optimierte konventionelle Kraftwerkstechnik. Der Industriestandort Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie. Moderne deutsche Energietechnologie wird weltweit gebraucht und kann in vielen Ländern zu einer erheblichen Verbesserung der Wirkungsgrade und der CO₂-Bilanz beitragen.
- Energie und Ressourcen sind der zentrale Wirtschaftsfaktor des neuen Jahrzehnts. Der Anteil von Energie und Material an den Produktionskosten in der Industrie steigt: Sie machen 45 Prozent aus, Lohnkosten hingegen nur noch 19 Prozent (Statistisches Bundesamt 2008, Zahlen für 2006). In der gesamten deutschen Wirtschaft lassen sich mindestens 100 Milliarden Euro an Materialkosten einsparen, allein in den Branchen Metall, Kunststoff, Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Chemie und Bau sind es schon kurzfristig 11 Milliarden Euro (Wuppertal-Institut / Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, 2005). Wir wollen durch eine Förder-

initiative Ressourceneffizienz die ökologische Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft steigern. Die Effizienzrendite sichert Wettbewerbsfähigkeit, muss in der Einkommensentwicklung aber auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen.

- Der Staat muss selbst so umweltbewusst einkaufen wie es die Bürger tun. Wir brauchen eine strategische Ausrichtung der öffentlichen Nachfrage. So können wir fast 60 Milliarden Euro jedes Jahr im öffentlichen Einkauf innovativ einsetzen. Doch Schwarz-Gelb tut das Gegenteil: ökologische und soziale Standards im Vergaberecht abschaffen.

(2) Der Dienst von Menschen für Menschen ist ein Beschäftigungsmotor – wenn wir ihn solide und solidarisch finanzieren.

In Gesundheit und Pflege steckt ein enormes Wachstumspotenzial. Die Deutschen werden immer älter, deshalb brauchen wir mehr Gesundheits- und Pflegepersonal. Die Fürsorge und die Dienste, die Menschen für Menschen erbringen, machen unsere Gesellschaft lebenswert und ermöglichen ein menschenwürdiges, aktives und selbstbestimmtes Altern. Das ist nicht nur ein Kostenfaktor. Es ist vor allem auch ein Potenzial für mehr Beschäftigung. Wir brauchen gut ausgebildete und hoch motivierte Arbeitskräfte bei Gesundheit und Pflege. Doch mehr Arbeit und gut bezahlte Arbeit gibt es nur, wenn wir den Gesundheitssektor solide und solidarisch finanzieren. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und die angekündigte Kopfpauschale sind nicht nur sozial ungerecht. Sie werden auch die Spielräume für Beschäftigung verkleinern.

- Deshalb fordern wir die Bürgerversicherung: Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit ein – jeder bekommt unabhängig von seinem Einkommen die bestmögliche Versorgung. Für die SPD sind Gesundheitsversorgung und die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt ein unveräußerliches Grundrecht. Für Union und FDP ist Gesundheit eine Ware.

(3) Das führende Exportland braucht ein starkes Heimspiel.

Die inländische Nachfrage hat in den vergangenen Jahren immer weniger zum Wachstum beigetragen. In Zukunft brauchen wir wieder eine bessere Balance unserer Volkswirtschaft. Zieht der private Konsum an, entstehen neue Jobs in der Kreativwirtschaft, im Handel und Tourismus. Das Prinzip heißt: „Wachstum durch Gerechtigkeit“. Denn die Krise zeigt, dass Wachstum und Gerechtigkeit kein Widerspruch sind, sondern einander bedingen. Wer viel hat, spart, was oben drauf kommt. Wer wenig hat, nutzt jeden zusätzlichen Euro für grundlegende Ausgaben. Schwarz-Gelb geht den falschen Weg, begünstigt Wohlhabende und vermögende Erben durch die Steuergesetzgebung, verweigert sich aber durchgreifenden Mindestlohnregelungen, will die Tarifbindung weiter schwächen, den Niedriglohnsektor ausweiten. Die schwarz-gelbe Koalition wird damit die Einkommensspaltung vertiefen und die Nach-

frage in Deutschland schwächen. Wir sagen: Eine gerechtere Einkommensverteilung stärkt unsere Wirtschaft.

- Wir wollen starke Gewerkschaften, eine Stärkung der Mitbestimmung, den Erhalt der Tarifautonomie, gute Tariflöhne und insgesamt eine steigende Lohnquote.
- Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium wird.

(4) Für eine aktive Beschäftigungspolitik – Schluss mit dem Trend zu mehr Billigjobs.

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Wir wollen, dass Menschen gute Arbeit haben und nicht dauerhaft mit Sozialleistungen abgespeist werden. Das Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und sozial abgesichert – muss tatsächlich die Normalität bleiben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen davon leben können. Die Zukunft unseres Landes liegt sicher nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Unsere Stärken sind gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit. Union und FDP verzichten auf eine politische Gestaltung der Arbeitswelt. Sie wollen die Arbeitsförderung zurückfahren oder ganz abschaffen. Was die FDP „Bürgergeld“ nennt, ist nichts anderes als ein breit angelegter Sozialabbau zu Lasten von Erwerbslosen. Die wahre Herausforderung für eine umfassende Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik ist erstens, die individuelle Förderung und Integration in Arbeit zu verbessern, und zweitens, den Trend zur Prekarisierung von Arbeit umzukehren. Wer die Menschen aufgibt und dauerhaft von guter Arbeit ausschließt, der macht unsoziale Politik. Wir fordern:

- Gerade in Krisenzeiten brauchen wir eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die Bundesagentur für Arbeit darf nicht zum Opfer einer verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik der Bundesregierung werden.
- Die Aufnahme weitere Branchen in das Arbeitnehmerentendegesetz, um allgemeinverbindliche Mindestlöhne festlegen zu können. Vordringlich ist eine Mindestlohnregelung für die Leiharbeit.
- Einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn, um auch dort, wo keine tarifliche Bindekraft mehr besteht, Lohndumping auf Kosten von Steuerzahlern und zu Lasten von fairen Unternehmen auszuschließen. Ausbeutung und Bereicherung auf Kosten des Gemeinwohls darf sich auch bei der Entlohnung von Arbeit nicht durchsetzen.
- Wir wollen, dass mehr Familien mit geringem Einkommen in den Genuss des des Kinderzuschlags kommen. Dazu werden wir konkrete Vorschläge machen.
- Einem Missbrauch von Leiharbeit, um Kernbelegschaften dauerhaft durch Leiharbeitnehmer zu ersetzen, wollen wir entgegenzutreten: Die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten über Zahl und Dauer der Leiharbeitsverhältnisse im Unternehmen sollen ausgeweitet werden. Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

durchsetzen und die konzerninterne Verleihung begrenzen. Beschäftigte in Leiharbeit sollen bei der Ermittlung der Schwellenwerte nach Betriebsverfassungsgesetz mitgezählt werden.

- Wir fordern Entgeltgleichheit von Männern und Frauen im Erwerbsleben.
- Wir brauchen ein Recht auf geförderte Weiterbildung, das auch Beschäftigte in kleinen Betrieben wahrnehmen können.

(5) Wir brauchen eine neue Ordnungspolitik auf den Grundfesten von Qualitätswettbewerb, nachhaltiger Wertschöpfung, ökologischer Innovation und sozialem Ausgleich.

Die Krise, die auf den Finanzmärkten begann und die gesamte Weltwirtschaft mitgerissen hat, führt uns in dramatischer Weise vor Augen, dass sich selbst überlassene Märkte unkalkulierbare Risiken und auf Dauer untragbare Kosten verursachen. Die Steuerzahler mussten seit 2008 weltweit mit gigantischen Milliardensummen für den angerichteten Schaden haften. Die Verschuldung der Staaten ist rapide angewachsen und stellt für die Zukunft eine immense Hypothek dar, zumal steigende Zinsen die Lasten noch um ein Vielfaches vergrößern werden. Für Bankenrettung, Stabilisierung des Finanzsystems und Konjunkturprogramme sind die öffentlichen Haushalte bis an die Grenzen der Belastbarkeit gegangen. Es ist daher aberwitzig, wenn sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in dieser Lage gegen die Einsicht sperrt, dass Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten beteiligt werden müssen und dass durch die Besteuerung von Finanztransaktionen ebenso wie durch Vergütungssysteme, die spekulatives Verhalten nicht belohnen, künftige Katastrophen vermieden werden müssen. Wer aus Schaden nicht klug wird, riskiert die Zukunft unseres Gemeinwesens. Noch einmal können die öffentlichen Haushalte nicht einspringen, um die Wirtschaft zu retten. Wer in Zukunft kostspielige Kriseninterventionen verhindern, Steuerzahler schützen, solide Staatsfinanzen für kommende Generationen sichern will, muss jetzt Vorsorge treffen mit schärferen Regeln, besserer Aufsicht und gerechterer Besteuerung.

Wenn wir auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückkehren wollen, braucht die Wirtschaft eine neue, verlässliche und verbindliche Ordnung. Wir wollen eine sozialdemokratische Ordnungspolitik. Ihre Grundprinzipien sind:

- Investitionen ankurbeln statt Spekulationen befeuern: etwa durch Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Mittelstand sowie Steuererhebung auf Finanztransaktionen.
- Wertschöpfung stärken statt Wertabschöpfung belohnen: Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung. Vergütungssysteme müssen so gestaltet werden, dass der langfristige Unternehmenserfolg über kurzfristiger Gewinnmaximierung steht.

- Anreize für sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen setzen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen, auch im Steuerrecht.
- Beim Übergang von ehemaligen Monopol- zu Wettbewerbsmärkten (Telekom, Post, Strom, Gas, Eisenbahn) muss Qualitätswettbewerb gesichert sein. Einen Lohndumping-Wettlauf werden wir nicht zulassen.
- Nicht zuletzt: Eine gerechte Gestaltung des Systems von Löhnen, Steuern und Abgaben, die verhindert, dass die Einkommensspaltung unsere Gesellschaft zerreißt und unsere Wirtschaft schwächt. Geringe Einkommen sind vor allem von Sozialabgaben zu entlasten, Mindestlöhne müssen Sozialdumping auf Kosten der Allgemeinheit verhindern, Löhne müssen steigen, hohe und höchste Einkommen müssen einen gerechten Anteil an Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Daseinsvorsorge tragen, etwa durch einen Bildungssoli auf Einkommen ab 125.000 Euro.

Sozialdemokratische Ordnungspolitik entsteht im Zusammenspiel von Steuern und Abgaben, öffentlicher Nachfrage, Investitionen, Lohn-, Mindestlohn- und Arbeitsmarktpolitik, Regeln für Unternehmensführung und Mitbestimmung. Willkür, Privilegierung und Verschuldung in der schwarz-gelben Finanzpolitik beweisen: Union und FDP geben mit ihrer Klientelbefriedigung eine gerechte Ordnungspolitik preis.

- Wir fordern die schnelle Einsetzung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu den Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Finanzmarktkrise.
- Wir fordern eine Finanztransaktionssteuer, die dafür sorgt, dass die Verursacher der Krise und die Nutznießer spekulativer Finanzgeschäfte an den Kosten beteiligt werden. Wir wollen dafür auf europäischer und internationaler Ebene Partner gewinnen.
- Wir entwickeln ein Steuer- und Abgabenkonzept, das den Anforderungen einer neuen, auf nachhaltige Wertschöpfung, ökologische Innovationen und sozialen Ausgleich gerichteten Ordnungspolitik gerecht wird.
- Im Rahmen eines Projektes „Zukunft der Arbeit“ werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft neue Vorschläge entwickeln. Ziel ist ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts.

Teilhabe und Integration

(6) Bildung ist der Schlüssel für Wachstum und Teilhabe.

Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Dadurch erbringt Bildung auch einen herausragenden Beitrag für einen höheren Wachstumspfad unserer Wirtschaft. Soziale Emanzipation, Teilhabe und ökonomische Prosperität gegeneinander auszuspielen, ist kurzsichtig. Je freier die Menschen ihre Talente

entwickeln können und je besser sie ihren Weg in die Gesellschaft finden, desto gerechter und kraftvoller auch unsere Wirtschaft. Starre Hierarchien mit dem Ausschluss vieler von Entscheidungen, Ungleichheit der Chancen mit der Blockade von Einstieg und Aufstieg – das ist gestriges Denken. Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft erweisen ihre Stärke am Teambewusstsein, an Mitbestimmung, an offenen Zugängen im Bildungssystem und in der Arbeitswelt. Nur wenn jeder Zugang zu exzellenten Bildungsangeboten bekommt, können wir verhindern, dass Deutschland auf ein Dilemma aus hoher Arbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits zusteuert. Bildung ist das Leitprojekt sowohl guter Wirtschaftspolitik als auch gerechter Sozialpolitik – zu dieser Priorität muss die Politik in der Realität stehen. Wir fordern:

- Einen neuen Ausbildungspakt, um unser international bewundertes Ausbildungssystem zu erneuern. Dazu gehören Ausbildungsgarantie, Ausbildungsbonus, Zielmarken mit der Wirtschaft, die verstärkte Nutzung von Ausbildungsnetzwerken im Mittelstand.
- Einen Bund-Länder-Pakt zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und der Qualität der Lehre in Höhe von 3 Mrd. Euro für 3 Jahre.
- Die Steigerung des Bundesanteils an den Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich.
- Die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.
- Die Aufhebung des Kooperationsverbotes in Art. 104b Grundgesetz, um den solidarischen Bundesstaat zu stärken und die Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen zu verwirklichen.

(7) Die Arbeitswelt wird schneller, globaler, freier – wir müssen Sicherheit im Wandel bieten.

Beschleunigung und Innovation, Globalisierung, technologischer Fortschritt, flexible Bildungswege und Berufsverläufe – diese Tendenzen haben die Arbeitswelt verändert und werden sie weiter verändern. Wir müssen anerkennen, dass viele Menschen Angst haben, nicht mitzukommen. Wir müssen den Menschen in dieser neuen Arbeitswelt neue Sicherheit bieten. Denn nur wenn wir sozial zusammenhalten, bedeutet der Wandel Freiheit zur Selbstverwirklichung und nicht Bedrohung. Wir handeln in Verantwortung vor der ganzen Gesellschaft.

- Soziale Sicherung, die an abhängige Beschäftigung gebunden ist, wirft in einer veränderten Arbeitswelt viele Probleme auf – wir stehen vor einer Richtungsentscheidung. Wir wollen den solidarischen Sozialstaat auf dem Prinzip gleicher Bürgerrechte erneuern: bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit und für eine armutsfeste Altersversorgung. Schwarz-Gelb will die großen Lebensrisiken privatisieren – das Ende der Solidarität.
- Ein Schlüssel für nachhaltige Unternehmensführung ist starke Sozialpartnerschaft in den Betrieben. Denn wir sehen: Überall dort, wo Belegschaften und Manager eng

kooperieren, da kommt man besser durch die Krise, da werden Beschäftigte und ihr Know-how bewahrt. Das zeigen auch die Zahlen: Deutschland hat trotz des massiven Wirtschaftseinbruchs im vergangenen Jahr nur ca. 200.000 Arbeitsplätze eingebüßt – in den USA waren es, trotz deutlich geringeren Einbruchs, über 8 Millionen.

- Wir wollen den Missbrauch mit der „Generation Praktikum“ beenden. Deshalb fordern wir bei Praktika und beim Berufseinstieg transparente, arbeitsrechtlich ergänzende Regelungen.

(8) Arbeit, Familie, gesellschaftliche Teilhabe müssen vereinbar sein – für Frauen und für Männer.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes, eigenständiges, sozial abgesichertes Leben führen können, mit existenzsicherndem Einkommen und ausreichender Alterssicherung, ohne auf Rollenmuster fixiert zu werden, ohne Gewalt und Diskriminierung. Grundlegend ist die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben.

- Wir entwickeln einen „Aktionsplan Gleichstellung“, der Regelungen und Initiativen am Arbeitsplatz, für die Familie und in der Gesellschaft zusammenfasst.

(9) Eine moderne Gesellschaft ermöglicht die Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Wir wollen die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern. Selbstbestimmt leben und aktiv teilnehmen zu können, erfordert, dass weit mehr Menschen mit Behinderung eine dauerhafte Perspektive auf dem Arbeitsmarkt finden.

- Wir fordern einen Aktionsplan zur vollen Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

(10) Als Einwanderungsland müssen wir sozialen Einstieg ermöglichen – dieses Projekt muss Priorität bekommen!

Das Projekt „Sozialer Einstieg“ muss Priorität bekommen. 70.000 Jugendliche verlassen jedes Jahr ohne Abschluss die Schule. Die Zahl der Schulabbrecher bei Zuwandererkindern ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt, und bei gleichen Leistungen haben sie geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Wir müssen alles daran setzen, diese Entwicklung umzukehren. Schwarz-Gelb gibt die falschen Antworten: Es ist unfasslich, dass die Koalition gerade für die bisherigen Bildungsverlierer, für Kinder mit schlechten Startchancen und sozialen Nachteilen kaum eine Idee hat. Im Gegenteil werden manche der geplanten Maßnahmen die Bildungsspaltung eher vertiefen: Mit dem „Betreuungsgeld“ soll eine Prämie darauf gezahlt

werden, dass Kinder vom Lernen mit anderen Kindern und früher Sprachförderung ferngehalten werden. Mit Steuerausfällen, die die Finanzlage von Ländern und Kommunen verschärfen, werden der Ausbau der Betreuungsplätze und das gesetzlich verankerte Ziel, bis 2013 einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr zu verwirklichen, massiv gefährdet. Mit den angekündigten Programmen zum Bildungssparen und zu Studienstipendien werden Angebote für diejenigen gemacht, die ohnehin zu den Gewinnern im Bildungssystem gehören.

- Wir fordern Priorität für den Einstieg in Bildung: den Ausbau der Kitaplätze, die Gebührenfreiheit für frühe Förderung, die Erweiterung des Schüler-BAföG für einkommensschwache Familien, die Aufstockung des Schulbedarfspaketes, eine Schulsozialarbeiterstelle an jeder Schule und den weiteren Ausbau der Ganztagschulen.
- Wir wollen den Rechtsanspruch ausweiten auf einen Ganztagsbetreuungsplatz.
- Wir wollen im Sozialgesetzbuch bundesweite Standards für eine höhere Betreuungsqualität regeln.
- Wir wollen eine bessere Ausbildung und systematische Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern.
- Wir wollen die bessere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, die Einwanderer in ihren Herkunftsländern erworben haben. Viele Menschen, die zu uns kommen, sind hervorragend qualifiziert und scheitern an bürokratischen Hürden.

(11) Der Kampf gegen Kinderarmut braucht Politik für Alleinerziehende.

Zwei Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Im Kampf gegen Kinderarmut brauchen wir gute Betreuungs- und Bildungsangebote von Anfang an. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, da sie von Armut häufiger als andere Gruppen betroffen sind. Weil Erwerbstätigkeit das beste Mittel gegen Armut ist, müssen wir es ihnen ermöglichen, gut bezahlte Arbeit auszuüben. In der Familienförderung gilt für uns der Grundsatz: „Jedes Kind ist gleich viel wert“. Schwarz-Gelb macht Familienpolitik für Besserverdienende: Von den jüngst beschlossenen Entlastungen erhalten sehr gut verdienende Familien am meisten, Familien mit geringem oder gar keinem Erwerbseinkommen, die von Grundsicherungsleistungen leben, gar nichts. Schwarz-Gelb hat keine Antwort auf das Problem der Kinderarmut.

- Wir wollen den von uns eingeführten Kinderzuschlag ausweiten, damit Kinder von Eltern mit geringem Erwerbseinkommen nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.
- Wir fordern, eine Kindergrundsicherung einzuführen, die Kinderarmut wirksam bekämpft. Die Leistungen für Kinder müssen dem tatsächlichen Bedarf für eine kindgerechte Entwicklung entsprechen.

(12) Wir wollen einen neuen Diskurs: vom Zahlenwachstum zu gesellschaftlichem Fortschritt!

Schwarz-Gelb setzt auf Wachstum, das die soziale Spaltung verschärft. Wir wollen mehr als pures Zahlenwachstum, wir wollen gesellschaftlichen Fortschritt. Fortschritt heißt für uns, nachhaltig erwirtschaftetes Wachstum und neue Arbeit mit Teilhabe und Integration zu vereinen! Wir brauchen ein Instrument, das diesen Anspruch greifbar und messbar macht. Robert Kennedy hat einmal gesagt: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, nur nicht das, was das Leben lebenswert macht.“ Deshalb wollen wir weg vom BIP als dominante Messlatte für wirtschaftlichen Erfolg hin zu einem ganzheitlichen Indikator, der Aspekte von Lebensqualität, Umwelt, Bildungsniveau, Teilhabe vereint. Wir wollen unsere Ansätze in einem Fortschrittsindikator zusammenführen.